

Freude über Ergebnis

Drolshagen Bericht stimmt Stadtverordnete optimistisch

mari ■ Wie im Haupt- und Finanzausschuss (die SZ berichtete) löste das Ergebnis des 2. Finanzzwischenberichtes der Stadt Drolshagen zum 30. September mit einer Ergebnisverbesserung von 1,1 Mill. Euro am Donnerstag auch in der Stadtverordnetenversammlung Freude aus.

„Die UCW ist erfreut. Wir hoffen, es bleibt dabei und wird noch besser. Wir danken Bürgermeister Berghof für sein Engagement“, sagte Fraktionsvorsitzender Karl Rudolf Fölting. Bezüglich des positiven Ergebnisses wertete er die Sondersitzungen des Arbeitskreises Haushaltsausgleich als wichtiges Instrument: „Es hat sich gezeigt, wo ein Wille, da auch ein Weg und ein Vorwärtskommen. Nur war der Wille bei der CDU nie vorhanden“, sprach er Kritik aus.

„Der Wille war sicherlich da“, konterte CDU-Ratsmitglied Andreas Wigger. „Nur nicht in der Abstimmung“, warf Fölting ein. Wigger appellierte, die alten Themen doch ruhen zu lassen. Das positive Ergebnis sehe er als Zwischenstopp und hoffe natürlich auch auf den Ausgleich, damit Drolshagen finanziell eine bessere Zukunft habe. „Das können wir nur gemeinsam schaffen“, so Wigger.

Wie bereits im HFA kritisierte UDW-Fraktionsvorsitzender Dr. Christoph Buchholz noch einmal die Nichtbesetzung von zwei im Haushalt angesetzten und nicht besetzten Personalstellen in der Flüchtlingsbetreuung. Ein Posten, der neben der höheren Gewerbesteuer, der Verschiebung von Maßnahmen wie Breitbandausbau und LED-Ausstattung der Straßenbeleuchtung sowie weiteren Sparmaßnahmen der Stadt zur Ergebnisverbesserung beigetragen hat.

Dr. Buchholz sprach die Überbelastung zweier städtischer Mitarbeiter an, die seines Erachtens verheizt würden. Es gebe gravierende Defizite in der Flüchtlingsbetreuung in Bleche und Iseringhausen, wo sich inzwischen auch das Ehrenamt vernachlässigt sehe. Es reiche nicht aus, dass die Stadt den Flüchtlingen lediglich ein Dach über dem Kopf und Essen anbiete. Er sehe in den steigenden Kosten für Flüchtlingszuweisungen durch das Land durchaus Spielraum für eine Besetzung der Stellen. Bürgermeister Uli Berghof entgegnete, dass die Flüchtlingsarbeit bei der täglichen Arbeit absolute Priorität habe. Von den Problemen in Bleche habe er erst im Haupt- und Finanzausschuss erfahren und sich diesen am nächsten Tag angenommen. Die Stadt werde besonders bei Neuaufnahmen künftig mehrmals pro Woche in Bleche vor Ort sein, versprach er.

Die Flüchtlingsunterkunft in Iseringhausen werde von einer Mitarbeiterin, die ihre Arbeit nach einer Erkrankung wieder aufgenommen habe, jetzt wieder täglich besucht, und er selbst schaue dort auch nach dem Rechten. „Daneben haben wir noch unsere Bufdis (Bundesfreiwilligendienstleistende, die Red.) und Ehrenamtlichen. Ich bin der Meinung, dass wir alle genug tun. Auch aus dem Rathaus wird gute Arbeit für die Flüchtlinge geleistet. Mehr ist nicht möglich. Ich bin nach wie vor der Auffassung, die Stellen nicht zu besetzen, sondern die Gelder besser zur Haushaltssicherung einzusetzen“, betonte der Bürgermeister. Er schloss sich vielmehr der Kritik von CDU-Ratsmitglied Ludwig Möthe an, dass das Land die Finanzhilfen des Bundes nicht komplett an die Kommunen weitergibt und dieses für den eigenen Haushaltsausgleich einsetzt.

Die 1. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Abfallentsorgung in der Stadt Drolshagen wurde mit vier Nein-Stimmen der SPD beschlossen. Wie Kämmerer Rainer Lange bereits im Ausschuss Umwelt und Stadtentwicklung (SZ berichtete) erläuterte, können durch ein höheres Gesambehältervolumen beim Restabfall die Gebühren ab 2017 von 1,70 Euro pro Liter auf 1,39 Euro pro Liter gesenkt werden.

„Der geringere Satz freut uns, doch wir sind wegen der sozialen Ungerechtigkeit, die sich für Familien mit kleinen Kindern und Haushalte mit pflegebedürftigen Personen nicht ergibt, nach wie vor mit der Struktur der Gebührenordnung nicht einverstanden“, warf SPD-Ratsmitglied Martin Theile ein.

Der 1. Satzung zur Änderung des Zweckverbandes Tourismusverband „Biggensee-Listensee“ wurde zugestimmt. Nachdem neben der Hansestadt Attendorn, der Kreisstadt Olpe und den Städten Drolshagen und Meinerzhagen auch die Gemeinde Wenden dem Zweckverband beigetreten ist, wurden die Anteile zur Deckelung der Finanzmittel wie folgt neu geregelt: Attendorn und Olpe 38 Prozent (vorher 40 Prozent), Drolshagen, Meinerzhagen und Wenden je 8 Prozent (vorher 10 Prozent).

In der Ratssitzung erläuterten die Regionalmanagerinnen für die Leader-Region „BiggeLand - Echt. Zukunft.“ der Kommunen Attendorn, Drolshagen, Olpe und Wenden, Bettina Doll und Natascha Kempf-Dornseifer, die Bedeutung der Fördermaßnahme der Europäischen Union zur Entwicklung ländlicher Regionen. Die Fördermittel von 2,7 Mill. Euro sollen eingesetzt werden für die Schaffung eines qualitativen Wohn- und Lebensraumes, für die Entwicklung eines erlebbaren Landschaftsraumes und für einen Wirtschaftsraum mit Perspektiven.

Kommunen, Vereine, Institutionen und Bürger können ihre Anregungen einreichen. Mittlerweile seien bereits aus allen vier Kommunen die ersten Projektideen eingegangen. Mit der Umsetzung sei im Jahr 2017 zu rechnen. Die Regionalmanagerinnen, die ihr Büro im Rathaus der Stadt Olpe haben, stellten mit der Zahnarztpraxis auf Rädern für die Dörfer in der Uckermark und dem Chorprojekt „Singen mit dem Baltikum“ eines Jugendchores aus dem Hochsauerlandkreises im Austausch mit einem Jugendchor aus Litauen zwei gute Projekte vor. Die nächste Infoveranstaltung ist für 29. November um 18 Uhr im Alten Bahnhof in Hützemert geplant.